SAZ Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
27. Jahrgang / Nr. 06
Juni 2018
Preis: eine Spende
Nummer: 313
Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Gedenken am Tag der Befreiung

Am 8. Mai gedachten Bürgerinnen und Bürger am Sowjetischen Ehrenmal in der Würzburger Straße des 73. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus und der Opfer von Faschismus und Krieg. In ihrer Ansprache führte Ilona Burandt, Vorsitzende des Stadtverbandes Suhl der Partei DIE LINKE, einleitend aus: „Mit seiner Rede zum 8. Mai rückte Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 den Tag in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Seine Interpretation der Bedeutung des 8. Mai hatte wegweisenden Charakter: Nicht Kapitulation und Niederlage, sondern Befreiung von Krieg und NS-Diktatur ist spätestens seit Weizsäckers Rede der Grundtenor der Erinnerungskultur."

Sie betonte, dass „uns der 8. Mai, den der Thüringer Landtag zu Recht zu einem gesetzlichen Gedenktag erklärt hat, an unsere Pflicht, zu mahnen und wachsam gegenüber neuem Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu bleiben, erinnert. Dies gilt erst recht angesichts aktueller gefährlicher rechter Strömungen." Sie mahnte mit Bezug auf die Geschichte Suhls, dass die Stadt „als Waffenschmiede Europas in früheren Zeiten, als Waffenstadt mit mehr als 25 größeren und kleineren Rüstungsbetrieben und ca. 8000 Zwangsarbeitern aus ganz Europa oder schließlich als Standort der Rüstungsindustrie während des Kalten Krieges eine große Verantwortung trägt. 1991 brachten daher die Abgeordneten der damaligen PDS–Fraktion im Suhler Stadtrat den Antrag ein, Suhl zur Stadt des Friedens zu erklären... Diese, unsere Verantwortung besteht auch im siebenundzwanzigsten Jahr nach dieser Erklärung, da weltweit immer noch Kriege wüten, Menschen sterben, Not und Elend herrschen. Die Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE in Suhl sind sich dieser Verantwortung sehr bewusst und erneuerten daher im März 2016, dem 25. Jahr der Erklärung, auf ihrer Mitgliederversammlung den Beschluss „Suhl ist eine „Stadt des Friedens" und soll es bleiben", der ebenfalls in den Stadtrat eingebracht und beschlossen wurde. Der Hartnäckigkeit unserer Stadtratsfraktion ist es zu verdanken, dass Suhl mittlerweile aufgrund dieses Beschlusses der internationalen Initiative „Mayors for Peace" beigetreten ist, ein weiterer Schritt für eine aktive „Stadt des Friedens" im Herzen Europas. Zudem wurde in dem Beschluss festgeschrieben, dass in Suhl für das Jahr 2019 ein europäisches Friedensfest vorbereitet werden soll, das dem 50. Jahrestag der Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Kaluga gewidmet ist und das Friedensnetzwerk mit all unseren europäischen Partnerstädten fester knüpfen soll.

Genauso wichtig ist uns LINKEN aber auch, dass Deutschland sich an militärischen Konflikten nicht mit SoldatInnen und Material beteiligen darf. Konflikte und Probleme lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen, das lehrt jede Erfahrung. Hier geht es vielmehr um Hilfen, um das Leben erträglich zu machen und Bildung zu ermöglichen, denn das sind die besten Garanten dafür, dass Menschen nicht aufeinander los gehen und meinen, andere Länder besetzen zu müssen, anders Denkende umbringen zu müssen oder Menschen anderer Herkunft angreifen zu müssen. Hier sind wir mit Hilfsprogrammen gefragt, hier haben wir eine große Verantwortung, hier können wir etwas tun.

In diesem Sinne wollen wir der Opfer des Faschismus gedenken und den Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus würdigen.

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!"

–EBE–

Wenn das ZDF nach Suhl kommt

und hier die neue Sendereihe „moma vor Ort" startet, sollten alle Suhler Gesprächspartner die Chance nutzen, um das Bild Suhls als lebenswerte Stadt in der Mitte Deutschlands zu vermitteln. Diese Chance wurde nur ansatzweise genutzt. Teilweise wurde sogar der Ruf Suhls beschädigt, und das lag nicht an Dunja Hayali. Irgendjemand muss (gezielt?) der Moderatorin die Falschinformation übermittelt haben, dass Eltern in unserer Stadt bis zu vier Jahren auf einen Kindergartenplatz warten müssen. Das sagte sie gleich am Anfang der Sendung, ohne dass jemand widersprach. Das Schlimmste daran war, dass unser designierter OB André Knapp neben Frau Hayali stand und diese Fake News nicht dementierte! Da mussten doch alle ZuschauerInnnen draußen im Lande annehmen, dass das stimmt und dass es Suhl recht geschieht, wenn die Jugend die Stadt verlässt und dass man sich als junge Familie hier nicht ansiedeln kann – der künftige OB hat ja durch sein Schweigen quasi höchstselbst die lange Wartezeit bestätigt. Ist es vermessen zu vermuten, weil seine Fraktion vehement den Bau eines neuen Kindergartens fordert? Eine Anfrage im Jugendhilfeausschuss ergab: Niemand muss länger als ein halbes Jahr warten, weil ausreichend Plätze da sind und die Kindereinrichtungen weisen einen modernen Standard auf, in den letzten Jahren wurden über 4 Millionen Euro in die Einrichtungen investiert. Warum Herr Knapp geschwiegen hat, sollte nicht sein Geheimnis bleiben. Er sollte einen Brief an das ZDF schreiben, die Fake News dementieren und um eine Richtigstellung bitten.

– Eckhard Griebel –

Warum die Fraktion der LINKEN eine weitere Senkung der Gewerbesteuer ablehnt

Die Fraktion der CDU/FDP im Suhler Stadtrat hatte im Februar 2018 den Antrag gestellt, den Hebesatz für die Gewerbesteuer von aktuell 424 auf 380 Prozent zu senken. Herr Knapp hat im OB-Wahlkampf mit großem Einsatz für diesen Antrag geworben und vor allem damit begründet, dass auf Grund des großen Unterschiedes zu den Hebesätzen in der Region Gewerbetreibende sich nicht in Suhl ansiedeln bzw. Suhl verlassen. Belegt werden kann diese Behauptung aber nicht.

Gegenwärtig beträgt der Hebesatz in Meiningen und Zella-Mehlis 395 und in Suhl 424 Prozent. Auf Grund dieses Unterschiedes zahlen gegenwärtig Gewerbetreibende bei 1.000 Euro zu versteuerndem Gewinn in Suhl 148 und in Meiningen sowie Zella-Mehlis 138 Euro Gewerbesteuer. Bei einer Million zu versteuerndem Gewinn beträgt somit der Unterschied gerade einmal 10.000 Euro. Dieser geringe Unterschied kann wohl kaum als ein entscheidender Grund für eine Standortentscheidung angenommen werden.

Laut der Verwaltungsvorschrift des Landes Thüringen zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes würde Suhl bei einer Senkung des Hebesatzes unter 400 Prozent den Anspruch auf Bedarfszuweisungen total verlieren. Eine Senkung wäre auf maximal 404 Prozent möglich. Diese Absenkung würde für Suhl 2018 aber immer noch eine Mindereinnahme von zirka 500 Tausend Euro bedeuten. Diese Mindereinnahme müsste durch andere Einnahmen bzw. geringere Ausgaben ausgeglichen werden, um das beschlossene Haushaltssicherungskonzept zu erfüllen. Dieser Ausgleich ist unbedingt umzusetzen. Deshalb lehnt die Fraktion der LINKEN im Suhler Stadtrat eine Senkung des Hebesteuersatzes ab.

In der Finanzausschusssitzung am 22.05.2018 hat die Fraktion der CDU ihren Antrag zur Senkung des Hebesatzes zurückgezogen, weil es noch Abstimmungsbedarf im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungskonzept und dessen Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt gibt.

- Dr. Reiner Miersch -

Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“

In der Ausgabe 12/2017 hat die SAZ den Aufruf mit der Aufforderung abgedruckt, diesen zu unterzeichnen.

Die Initiative abrüsten statt aufrüsten schätzt ein: „Der Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ hat eine ausgesprochen positive, einigende und aktivierende Resonanz in der Friedensbewegung gefunden, (er) ist in vielen gewerkschaftlichen Kreisen ausgesprochen positiv aufgenommen worden, (er hat) neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Unterstützung anderer sozialen Bewegungen aufgezeigt, mit bisher mehr als 50.000 Unterschriften eine nicht schlechte aber noch lange nicht zufriedenstellende Unterstützung erreicht, eine wichtige Rolle bei den Ostermärschen gespielt (und) eine durchaus breite Medienresonanz erreicht. Trotz allem bleibt: von einer breiten Bewegung gegen das 2% Aufrüstungsziel der Bundesregierung sind wir weit entfernt.“

Um die Ausstrahlung des Aufrufs weiter zu verstärken und weitere gesellschaftliche Kräfte und Organisationen für die Unterstützung zu gewinnen, lädt der Arbeitsausschuss „abrüsten statt aufrüsten“ zu einem „Austausch, Vernetzung und Strategie Treffen“ am 17.06.2018 im DGB-Haus in Frankfurt am Main ein.

Wir erneuern unseren Appell an alle Leserinnen und Leser der SAZ, alle Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt an die Stadträtinnen und Stadträte unserer Stadt: Unter https://abruesten.jetzt kann man den Aufruf online unterzeichnen oder den Aufruf und Unterschriftenlisten herunterladen, ausdrucken, unterschreiben und an das Büro der Initiative senden.

- Eckhard Griebel -

Besuch aus Trier beim Stadtvorstand *Foto: E. Griebel*

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Juli-Ausgabe 2018 ist am 29.06.2018

Wohlfühlstadt = Saubere Stadt

Kaum jemand in unserer Stadt zweifelt an der Richtigkeit dieser Gleichsetzung, bedingen sich doch beide Seiten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Also muss es doch das Anliegen jedes Einzelnen und auch aller Betriebe und Einrichtungen sein, für Sauberkeit im eigenen Verantwortungsbereich mit zu sorgen.

Leider stellen wir oft fest, dass diesen Regeln nicht entsprochen wird. Es kommt eben immer wieder zu unschönen und auch illegalen Müllablagerungen rund um die Deponie- und Sammelplätze, aber auch an anderen Orten. Niemandem kann das gefallen!

Der Eigenbetrieb Kommunalwirtschaftliche Dienstleistungen Suhl (KDS) ist zuständig für die kommunale Daseinsfürsorge, auch für die Abfallentsorgung (Hausmüllentsorgung, Straßenreinigung, Recyclinghof), er realisiert also das Einsammeln und Verwerten von Hausmüll. Der Umfang dieser Leistungen wird durch das Budget bestimmt, welches der Stadtrat für diese Art Dienstleistung vorsieht. Aber mit dem Haushaltssicherungskonzept sind auch Grenzen gesetzt. Es wird also nicht möglich sein, zusätzliche materielle und personelle Ressourcen einzusetzen. Zudem muss man wissen, dass mit dem Dualen System Deutschland (DSD), verkörpert durch die Gelben Säcke und die Fa. Remondis, eine zweite privat- und gewinnorientierte Unternehmenssparte am Markt ist, auf deren gesamtes Wirtschaften die Stadt kaum Einfluss nehmen kann. Ganz offensichtlich kommt es in zunehmendem Maße zu Unstimmigkeiten in der Wahrnehmung der Verantwortung mit dem Effekt, dass es unsaubere Müllplätze gibt (Foto).

Zustand in Goldlauter, Sammelstelle hinter dem Supermarkt, 25.05.2018 09:36 Uhr *Foto: E. Griebel*

Was wäre ein gangbarer Weg, diese Diskrepanz zu beseitigen? Es ist klar, dass Privatisierung von Daseinsvorsorge der falsche Weg ist. Ich schlage deshalb unserem neuen Oberbürgermeister Herrn Knapp (CDU) und Herrn Hauptmann (MdB/CDU) vor, eine gemeinsame Initiative zu starten, die Abfallentsorgung wieder voll und ganzheitlich in die Verantwortung der Kommunen zu legen. Das schafft Klarheit in der Verantwortung und letztlich mehr Sauberkeit in der Stadt. Aber zur Rekommunalisierung dürfte es ein langer Weg sein. Natürlich sehe ich zuerst auch die Stadtverwaltung in der Pflicht. Der neue OB kann vieles gut oder besser machen, wenn er Remondis unsanft an die Verpflichtungen erinnert.

Zur Herstellung von Sauberkeit gehört aber noch eine dritte Komponente, die neben Verwaltungsmaßnahmen und der Bereitstellung von finanziellen Mitteln stärker wirken muss: Es geht um das Engagement der Bürger selber. Regeln für das Ablegen von Müll sind bekannt, sie müssen einfach eingehalten werden. Ich möchte hier keinen Aufruf starten, aber doch an das verantwortliche Handeln und das Mitwirken aller Bürger appellieren, mit zu helfen, unsere Stadt sauber zu halten. Das betrifft kein gedankenloses Wegwerfen von Müll und geht bis hin zum „selbst Hand anlegen“ bei den Sammelstellen. Hier können wir wirklich sagen „Wir schaffen das“. - Achim Nickel -

„Inklusive Gemeinschaftsschule Aue-Schule“ ist im Schulbauförderungsprogramm

„Es ist schon erstaunlich, mit welcher Panikmache die Thüringer und auch die Suhler CDU auf zukunftsweisende Beschlüsse der rot-rot-grünen Landesregierung reagiert“, erklärt die Landtagsabgeordnete und Stadträtin der LINKEN **Ina Leukefeld** in einer Pressemitteilung. „Hintergrund ist die Mitteilung des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft, dass das Land 2018 rund 100 Millionen Euro für Schulinvestitionen bereithält und dafür ein aktuelles Programm für den Schulbau aufgestellt hat. Damit werden 29 weitere Schulbauvorhaben in Thüringen gefördert.

Bereits 2015 wurde das Schulbauprogramm unter der neuen Landesregierung gestartet. Nutznießer davon war auch die Stadt Suhl, die für die Sanierung der Grundschule Am Himmelreich knapp 1,2 Millionen Euro Fördermittel erhielt. Jetzt wurde auch das Suhler Vorhaben für den Umbau und die Sanierung eines Schulgebäudes für die künftige „Inklusive Gemeinschaftsschule Aue-Schule“ ins Programm aufgenommen. Die Stadt Suhl hat ihre Hausaufgaben gemacht und entsprechende Förderanträge u.a. auch über das Bundesprogramm zur „Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen“ eingereicht.

Warum Frau Rosin unser Förderzentrum gefährdet sieht (FW 24.05.18) erschließt sich mir daher nicht. Die Landesregierung hat sich von Anfang an deutlich für eine Intensivierung der Schulbauförderung ausgesprochen und setzt dieses Vorhaben nun auch mit aller Konsequenz um. Nur so kann der in der Vergangenheit aufgelaufene Investitionsstau an den Thüringer Schulen langfristig abgebaut werden, der einst unter der CDU-geführten Landesregierung entstanden ist. Die rot-rot-grüne Landesregierung setzt ihre Versprechungen in die Tat um und das passt wohl nicht jedem.“

Beeindruckende Feier

Am 12. Mai war zur Jugendweihefeier 2018 ins CCS eingeladen. Unter den zahlreichen Gästen dieser Feier waren auch Allan, Parasto und Navid aus Syrien und Afghanistan. Anders als unser künftiger Oberbürgermeister reden wir mit Flüchtlingen und nicht nur über sie. So erklärten wir ihnen, dass Menschen unterschiedlicher Religionen hier in Deutschland friedlich miteinander leben können. Es gibt Religionsfreiheit, jeder kann seine Religion leben, ohne dem anderen seine Religion aufzuzwingen bzw. sie als die einzig richtige zu betrachten. Alle gehören wir einer Gesellschaft an. Und in dieser Gesellschaft gibt es dann auch noch Menschen, die keiner Religion angehören. Dazu gehören auch die jungen Menschen, die mit dieser Feier den Schritt von der Kindheit zum Erwachsenwerden machen. Das ist in ihrem Leben ein ganz besonderer Höhepunkt.

Nach der Veranstaltung waren alle drei tief beeindruckt.

Wir möchten an dieser Stelle dem Jugendweiheverein Suhl und Umland e.V. für die Bereitstellung der Karten danken. Man kann nur sagen: Hut ab vor dem ehrenamtlichen Engagement des Vereins. Es war eine tolle Feier.

– Bärbel Schübel und Karin Hornschuch –

PS: Unsere Buchempfehlung zum Lesen und Nachdenken über Integration: Bart Somers: Zusammen leben. Meine Rezepte gegen Kriminalität und Terror, Übersetzung: Gerd Busse C.H.Beck, 217 Seiten, 14,95 Euro. Bart Somers wurde 2016 von der „City Mayers Foundation“ mit Sitz in London als „Bester Bürgermeister der Welt“ für seine Verdienste um die Integration in seiner Stadt Mechelen, einer Stadt in Belgien mit 85.000 Einwohnern, geehrt. In seinem Buch zeigt er auf, wie Integration gelingen kann, gegen Kriminalität und Terrorismus. Davon sind wir in Deutschland noch meilenweit entfernt.

Termine Juni 2018

Mo	04.06.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	05.06.	19.00 Uhr	DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle: „Solo Sunny“
Fr	08.06. bis So 10.06.		1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE in Leipzig
Sa	09.06.	10.00 – 17.00	Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag
Mo	11.06.	18.00 Uhr	„Live aus dem Landtag“ mit Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Kulturbaustelle
Di	12.06.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	13.06.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Do	14.06.	19.00 Uhr	„Marx 200“: Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie, Vortrag und Diskussion mit Timo Daum, Diplomphysiker und Online-Designer, Kulturbaustelle
Sa	**16.06.**	**14.00 Uhr**	**Sommerfest der Suhler LINKEN** Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Am Himmelreich 2A
Mo	18.06.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	19.06.	19.00 Uhr	KINO hinter der Fassade in der Kulturbaustelle „Dirty Games – Das Geschäft mit dem Sport“
Fr	22.06.	15.00 Uhr	Gedenken an der Gedenktafel für die Zwangsarbeiter am Waffenmuseum anlässlich des 77. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion.
		16.00 Uhr	Gedenken auf dem Friedhof Dietzhausen
Sa	23.06.	14.00 Uhr	Kinderfest in der EAE, Suhl-Friedberg
Mo	25.06.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Neues Rathaus
Di	26.06.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	27.06.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle
		17.00 Uhr	Stadtrat
		19.00 Uhr	„Unter Sachsen – zwischen Wut und Willkommen“ Diskussion zum Buch mit den Herausgebern Heike Kleffner und Matthias Meisner, Kulturbaustelle

Interkulturelles Kinderfest

Mit Spiel, Sport, Spaß, Musik und Tanz als Fest der Begegnung zum Sommeranfang laden das Team Sport und Spiel gemeinsam mit der Kulturbaustelle am
Samstag, dem 23. Juni 2018, von 14.00 bis 17.00 Uhr
in die Sporthalle auf dem Suhler Friedberg ein.
Ein buntes Programm erwartet die Kinder mit ihren Familien.
So kommen Clown Schulze und Chaos Clown als Müllmänner vorbei, um aufzuräumen. Ihr tänzerisches Talent präsentieren die Tanzmäuse des Karnevalvereins Ikalla und Migrantenkinder.
Es gibt aber auch tolle Möglichkeiten, sich bei Sport und Spiel auszuprobieren. Basteln, malen und schminken sind gleichfalls im Angebot.
Gefördert wird das Projekt durch die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge des Freistaates Thüringen.
Der Eintritt ist frei.

„Live aus dem Landtag“

Eingeladen habe ich als prominenten Gast:
Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff,
Chef der Staatskanzlei und Minister
für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

Mein Thema diesmal: „Heimat Thüringen – Lebensort mit Zukunft“

Der Rechtsruck in Europa, in Deutschland, auch in Thüringen ist unverkennbar. Wird der Begriff HEIMAT, wenn er von links besetzt wird, daran etwas verändern? Darüber und über aktuelle Fragen der Landespolitik unter Rot–Rot–Grün wollen wir mit Benjamin Hoff diskutieren. Was wollen und können wir tun, um eine gute Zukunft zu gestalten? Kommen Sie, diskutieren Sie mit und stellen Sie Ihre Fragen.

Montag, 11.06.2018 um 18.00 Uhr,
Kulturbaustelle Suhl

– Ina Leukefeld, MdL–